

WAHL- LOKAL U18

Am 13.09.2013
wählen gehen!

Broschüre
für Kinder und Jugendliche
zur Bundestagswahl

Die Bundestagswahl für Kinder und Jugendliche
am 13. September 2013



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend





Inhalt

| | |
|---|----|
| Termine zur U18-Wahl | 3 |
| Informationen zur Bundestagswahl 2013 | 4 |
| Funktion von Wahlen | 5 |
| Wie wird gewählt? | 6 |
| Das Wahlsystem | 7 |
| Drei persönliche Fragen an die Kandidaten | 10 |
| Neun politische Fragen an die Kandidaten | 12 |
| Das Jugendparlament (JuPa) | 30 |
| Wahlen zum Jugendparlament 2014 | 31 |

Redaktion, Gestaltung:
Wolfgang Schollmeyer, Rikka Lesch, Sophie Linde,
Guido Molzberger

August 2013

U18-Wahlen

Am 13. 9 .2013, neun Tage vor der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013, können bei der Jugendwahl U18 bundesweit alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wählen.

Die U18-Wahlen gibt es seit 1996. Ziel ist es, möglichst viele Kinder und Jugendliche dauerhaft für Politik zu begeistern. Die Wahlen funktionieren fast genauso wie die der Erwachsenen - mit Stimmzetteln, Wahlkabinen und Wahlurnen.

Weitere Infos zu den U18-Wahlen und allen Wahllokalen findest du unter www.u18.org.

Am 9. 9. 2013 findet um 18 Uhr ein Kochduell mit den Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises Siegen-Wittgenstein in der BlueBox statt.

Komm vorbei, informier dich und stell deine Fragen!

Moderation: Jan Reppahn



Bundestagswahlen 2013

Am 22. September 2013 wird der 18. Deutsche Bundestag gewählt. Ca. 61,8 Millionen Wahlberechtigte haben die Möglichkeit, die Abgeordneten zu bestimmen.

Die Bundestagswahlen entscheiden über

- Regierung und Opposition im Bund,
- bundespolitische Vorhaben
(z.B. Einsätze der Bundeswehr, Einkommens und Lohnsteuersätze),
- die Entwicklung der Parteien auf Bundesebene,
- die politische und persönliche Zukunft von Spitzenpolitikern und Bundestagsabgeordneten,
- die Zusammensetzung der Bundesversammlung,
- innerparteiliche Stärkeverhältnisse.

Da das politische System der Bundesrepublik Deutschland eine repräsentative Demokratie ist, bedeutet der Wahlakt für die BürgerInnen die grundlegende Möglichkeit, sich am politischen Entscheidungsprozess auf Bundesebene zu beteiligen.

Aber: Jeder Wahlberechtigte kann selber darüber entscheiden, ob er seine Stimme abgeben möchte. Das bezeichnet man als Wahlrecht.



Funktion von Wahlen

Wahlen dienen hauptsächlich zur Verbindung von Sach- und Machtfragen. Die Gewählten erhalten „Macht auf Zeit“, dadurch ist das Regieren nur mit Zustimmung der Regierten rechtsgültig. Wahlen bieten der Wählerschaft die Möglichkeit der aktiven Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess. Sie entscheiden dadurch über die Zusammensetzung von Parlament, Regierungsbildung und Sachprogrammen der Parteien, da diese den Interessen der öffentlichen Meinung folgen müssen, um gewählt zu werden. Infolge dessen ergibt sich eine indirekte Teilnahme an der Ausübung staatlicher Herrschaft nach Artikel 20 des Grundgesetzes.

Wahlen gewährleisten zudem folgende bestehenden Grundfunktionen:

1. Repräsentation des Volkes:

Gewählte spiegeln das gesamte Volk wieder, deshalb ist es wichtig, dass sich alle sozialen, sowie politischen, Gruppierungen an dem politischen Wettkampf beteiligen können.

2. Legitimation und Kontrolle politischer Herrschaft:

Die Wähler erlauben einzelnen Personen Entscheidungen für alle und im Namen aller zu treffen. Durch regelmäßige Wahlwiederholungen wird eine Machtkontrolle und eine Übernahmechance der Gegenposition gesichert.

3. Integration der Meinungen:

Die Wahlen führen zu einem politisch-aktionsfähigen, allgemeinen Willen. Je strikter sich jedoch die sozialen und politischen Gruppierungen unterscheiden, desto stärker wird die Meinungsintegration erschwert.

Beispiel: Wenn Gruppe A die Energiewende zu grünem Strom fordert und Gruppe B jedoch bei Atom- und Kohlekraftwerken bleiben möchte, lässt sich dort kaum ein Kompromiss schließen

Wie wird gewählt?

Man unterscheidet zwischen dem aktiven Wahlrecht (Wer hat das Recht zu wählen?) und dem passiven Wahlrecht (Wer hat das Recht, gewählt zu werden?). Die gesetzlichen Grundlagen einer Bundestagswahl werden vom Grundgesetz (Art. 38,39 GG) und dem Bundeswahlgesetz bestimmt.

Die Wahl muss nach gewissen Grundsätzen (Wahlrechtsgrundsätze) erfolgen. Sie sind in Artikel 38 des Grundgesetzes festgelegt:

Allgemeine Wahl vom Wahlrecht ist grundsätzlich kein Bürger ausgeschlossen. Das Wahlrecht darf nicht an Herkunft, Geschlecht, Einkommen, politische Überzeugung o.ä. Merkmale gebunden sein.

Unmittelbare oder direkte Wahl Es gibt keine Zwischeninstanzen wie z.B. Wahlmänner.

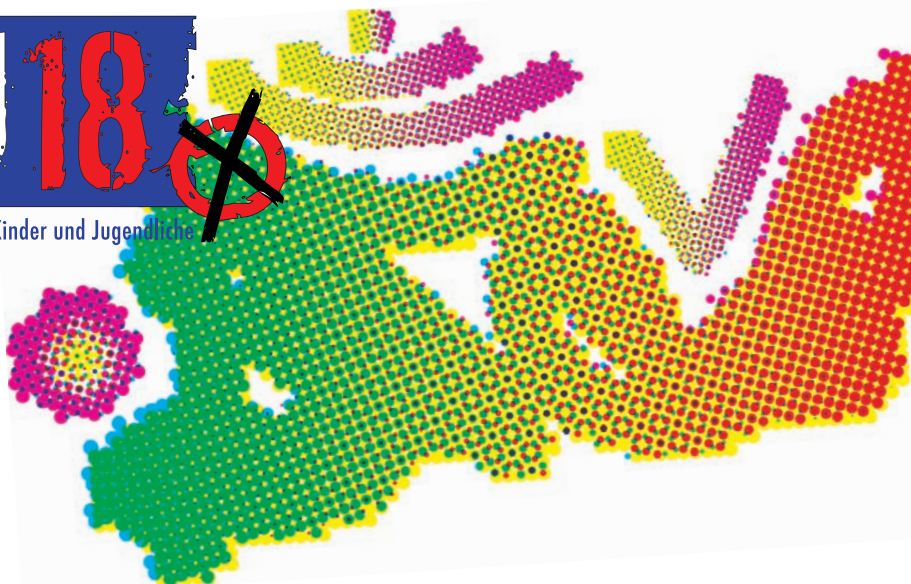
Freie Wahl Das bedeutet, dass die Wahl ohne staatlichen Zwang und mit freier Auswahl zwischen konkurrierenden Parteien ausgeführt wird.

Gleichheit der Wahl Alle Wähler haben gleich viele Stimmen und alle Stimmen haben das gleiche Gewicht.

Geheime Wahl Die Stimmabgabe erfolgt geheim. Es ist verboten, festzustellen, wie der Einzelne gewählt hat. Offen abgegebene Stimmen sind ungültig



Die Wahl für Kinder und Jugendliche



Das Wahlsystem

Der Deutsche Bundestag wird alle vier Jahre gewählt. Jeder Wählende hat zwei Stimmen.

Die Erststimme (Mehrheitswahlrecht):

Der Bundestag besteht grundlegend aus 598 Bundestagssitzen, die vergeben werden können. Die Hälfte, also 299 Bundestagssitze werden in den Wahlkreisen direkt gewählt. Mit der Erststimme wird also eine bestimmte Einzelperson erwählt. Die Verteilung der Sitze erfolgt nun in Relation der Gesamtwählerschaft zu der Anzahl der Sitze (Also: Wer mehr Stimmen hat, hat höhere Chancen eine Sitz zu bekommen).

Die Zweitstimme (Verhältniswahlsystem):

Die Zweitstimme der Wähler entscheidet über die prozentuale Zusammensetzung der Parteien im Bundestag. Die Parteien treten in unterschiedlichen Bundesländern mit unterschiedlichen Landeslisten an. Das bedeutet zum Beispiel: Ein Wähler in NRW wählt nicht dieselbe Liste wie der Wähler in Rheinland-Pfalz. Die Zweitstimme ist maßgeblich für das Gesamtergebnis. Bekommt eine Partei A beispielsweise 40 Prozent der Stimmen, erhält sie sie auch in etwa 40 Prozent der Sitze im Bundestag.

Im folgenden wird der Prozess der Entstehung des Bundestages erklärt:

5%- Klausel:

Der Anteil an Zweitstimmen mit der eine Partei gewählt wird muss mindestens 5% betragen, ansonsten scheidet diese aus den Wahlen aus.

Ausnahme: Erhält eine Partei weniger als 5% der Stimmen jedoch drei oder mehr Direktmandate (durch Erststimme gewählte Einzelpersonen der Partei), darf sie am weiteren Verfahren teilnehmen.

Feststellung der Mandatszahl:

Nach einem speziellen Verfahren wird die Anzahl der Mandate jeder Partei berechnet. Jene unter der 5%-Klausel werden von der Wahl ausgeschlossen.



Aufteilung nach Landeslisten:

Nach der Verteilung der Parteien auf die Bundestagssitze werden diese innerhalb der Partei nach Landeslisten aufgeteilt.

Also: Die Gesamtheit der Partei erhält eine Anzahl an Bundestagssitzen. Nun wurde diese Partei z.B. in NRW doppelt so häufig gewählt, wie in z.B. Rheinland-Pfalz. Deshalb werden doppelt so viele der Partei zugehörigen Politiker aus NRW in den Bundestag gesetzt wie in Rheinland-Pfalz.

Überhangmandate:

Die eine Hälfte der 598 Bundestagssitze wurde bereits durch Direktmandate vergeben. Stehen einer Partei nun jedoch mehr Sitze zu, als durch Direktmandate besetzt wurden werden diese durch Listenkandidaten aufgefüllt. Sollte eine Partei jedoch mehr Direktmandate erhalten, als ihr Sitze zustehen, werden diese als Überhangmandate bezeichnet. Somit erhöht sich die Anzahl der gesamten Sitze im Bundestag um die Anzahl der Überhangmandate aller Parteien.

Künftige Neuregelung: Überhangmandate sollen mit Ausgleichsmandaten gemäß der Stimmanteile neutralisiert werden.

Beispiel: 40% der Sitze gehen an Partei A. 30 % an Partei B und 30% an Partei C. Partei A hat vier Überhangmandate. Somit erhalten Partei B und C jeweils drei Ausgleichsmandate, also jeweils drei weitere Sitze im Bundestag.

Quellenangaben

Woyke, Wichard, 2013, Info aktuell, Bundestagswahlen 2013

Thurich, Eckart, 2011, pocket politik – Demokratie in Deutschland

Bender, Marvin; Korte, Karl Rudolf, 2013, Wochenschau - Wahlen: Kapitel 1 Warum wählen?, Wochenschau Verlag

12 Fragen an die Kandidaten

CDU

DIE LINKE.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FDP

SPD



Drei Persönliche Fragen an die Kandidaten

Volkmar Klein, CDU

Was fällt mir als erstes ein, wenn ich an meine Schulzeit denke?

Tischtennis in jeder Freistunde.

Warum bin ich in die Politik gegangen?

Idealismus, was verbessern zu können.

In meiner Kindheit/ Jugend war in meiner Freizeit ganz wichtig... *Spiele im Wald.*



Willi Brase, SPD

Was fällt mir als erstes ein, wenn ich an meine Schulzeit denke?

In der Volksschule in Quezen hatten wir nur drei Lehrer (1. bis 8. Jahrgang). Häufig fand der Unterricht in überfüllten Klassenräumen statt.

Warum bin ich in die Politik gegangen?

Ich wollte die Interessen von Arbeitnehmern umsetzen, um somit die Gesellschaft in Deutschland ein Stück weit menschlicher zu gestalten.

In meiner Kindheit/ Jugend war in meiner Freizeit ganz wichtig... *das unbeschwerte Spielen im Dorf; in der Jugendzeit die Selbstorganisation unserer Freizeitaktivitäten.*



Helga Daub, FDP

Was fällt mir als erstes ein, wenn ich an meine Schulzeit denke? *Mein erstes Schuljahr, da wurde ich schmerzhaft zur Rechtshänderin umerzogen.*

Warum bin ich in die Politik gegangen? *Weil Politik für mich das spannendste Betätigungsfeld war.*

In meiner Kindheit/ Jugend war in meiner Freizeit ganz wichtig... *Lesen, Reisen und ab und an Party.*



Drei Persönliche Fragen an die Kandidaten

Peter Schulte, Die Linke

Was fällt mir als erstes ein, wenn ich an meine Schulzeit denke?

Die langen Bus- und Straßenbahnfahrten, da ich meist weit von der Schule entfernt wohnte, auf denen man aber gut noch dringende Hausaufgaben machen konnte.

Warum bin ich in die Politik gegangen?

Aus Wut über Schröders Agenda 2010 und die damit verbundenen Hartz-Reformen. Ich dachte, es ist besser, aktiv zu versuchen, etwas dagegen zu tun, als nur zu Hause rumzusitzen und zu meckern.



In meiner Kindheit/Jugend war in meiner Freizeit ganz wichtig... *Lesen!*

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Was fällt mir als erstes ein, wenn ich an meine Schulzeit denke?

Wie gut, dass Schule sich noch nicht so breit gemacht hat wie heute, so dass ich noch viele Sachen nebenher machen konnte (Sport, Kirchliche Jugendarbeit)!

Warum bin ich in die Politik gegangen?

Weil in meiner Stadt ein paar Neonazis rumspukten, gegen die ich was unternehmen wollte.



In meiner Kindheit/Jugend war in meiner Freizeit ganz wichtig... *mit Freunden zusammenzusein, in Gruppen was zu unternehmen, mit anderen meine Vorstellungen von einem lebenswerten Leben zu diskutieren, zu lesen, wegzufahren.*



Neun politische Fragen an die Kandidaten

1. Warum unternimmt Deutschland nichts gegen die Umstände in armen Ländern?

Volkmar Klein, CDU

Dass Deutschland nichts für die armen Länder tut, stimmt nicht. Aber die Probleme in diesen Ländern können nicht so schnell gelöst werden, wie wir uns das hier in Deutschland vorstellen. Wir helfen den Menschen dort, sich selbst zu helfen, das kann technische Unterstützung sein, aber auch kleine Kredite, damit zum Beispiel Bauern sich Saatgut kaufen können. Hier sieht man dann natürlich den Erfolg nicht sofort, hier müssen alle viel Geduld haben.

Willi Brase, SPD

Deutschland unternimmt sehr viel gegen Hunger und Armut auf der Welt. Viele Organisationen und Institutionen werden bei ihren Hilfen in den ärmsten Ländern unterstützt. Ich setze mich dafür ein, dass die Bundesregierung ihre zugesagte Hilfe für die Entwicklungsländer einhält. Die Hilfe für arme Länder ist gleichzeitig auch Friedenspolitik. Denn oftmals entstehen Kriege auf Grund von zunehmender Armut. Deutsche Entwicklungspolitik engagiert sich auch im Klimaschutz. Hierbei müssen die negativen Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern eingedämmt werden. Durch die deutsche Entwicklungspolitik muss die Globalisierung gerechter gestaltet werden.

Helga Daub, FDP

Deutschland unternimmt selbstverständlich etwas gegen die Umstände in armen Ländern. Dafür ist das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständig.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

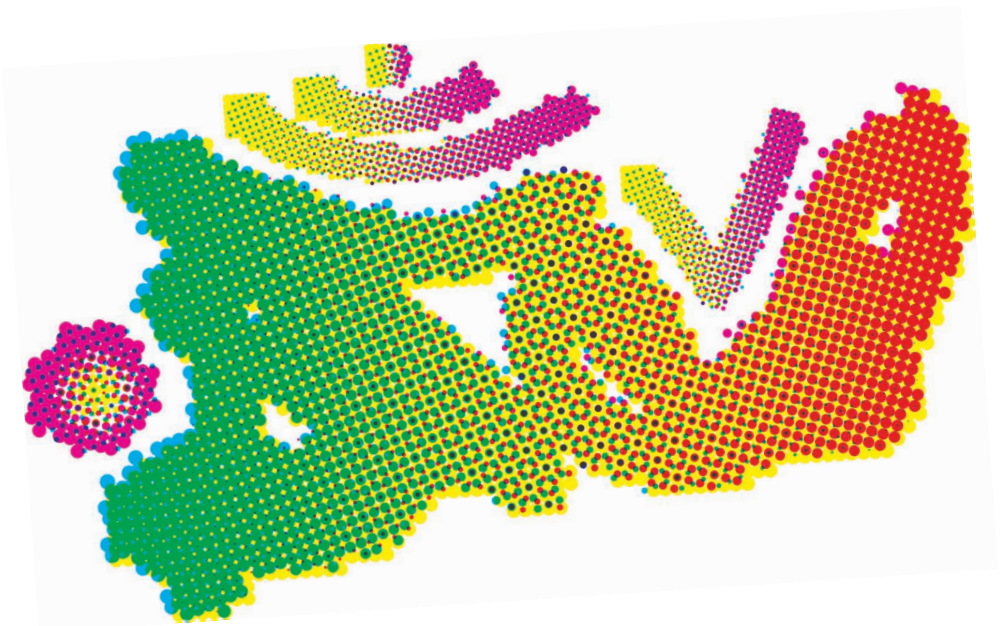
1. Warum unternimmt Deutschland nichts gegen die Umstände in armen Ländern?

Peter Schulte, Die Linke

Weil unser Lebensstandard ganz wesentlich auf den schlechten Umständen in armen Ländern beruht. Nur so können unsere Kleidung, Lebensmittel und anderes bei uns so billig sein. Wer den Menschen in den armen Ländern wirklich helfen will, muss auch bereit sein, z.B. mehr für seine Turnschuhe auszugeben.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Deutschland unternimmt zwar nicht nichts, aber viel zu wenig. Als Grüne setzen wir uns dafür ein, einen größeren Teil unseres Reichtums zur Verbesserung der Situation in ärmeren Ländern abzugeben.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

2. Was tun Sie dafür, um das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland zu fördern, vor allem in Großstädten, wo viele Menschen leben, deren Familien nicht aus Deutschland kommen?

Volkmar Klein, CDU

Wichtig für unser Zusammenleben ist, eine gemeinsame Sprache zu sprechen, das fördern wir unter anderem mit Sprachkursen. Zusammenleben kann man aber nicht von oben verordnen. Da müssen die Menschen selbst aktiv werden. Wir haben zum Beispiel in Deutschland ganz viele unterschiedliche Vereine, das reicht vom Fußballverein bis zum Gesangsverein. Da kann man richtig gut mit anderen Menschen in Kontakt kommen.

Willi Brase, SPD

Ich möchte, dass alle Menschen unabhängig Die Zukunft von Deutschland hängt auch von dem Zuzug und der gelungenen Integration von Zuwanderern ab. Daher brauchen wir ein besseres Bildungssystem, indem alle hier lebenden Menschen die gleichen Chancen haben. Wer Hilfe braucht, um zum Beispiel die deutsche Sprache zu lernen, muss diese Hilfe schnell und unkompliziert bekommen. Wer einen Bildungsabschluss im Ausland erworben hat, sollte diesen in Deutschland anerkannt bekommen. Ebenso bin ich dafür, dass es in Deutschland eine doppelte Staatsbürgerschaft gibt.

Helga Daub, FDP

Deutschland ist inzwischen auf einem guten Weg des Zusammenlebens mit Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Allerdings ist das keine Einbahnstrasse, der Wille zum guten Zusammenleben muss auf beiden Seiten vorhanden sein.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

2. Was tun Sie dafür, um das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland zu fördern, vor allem in Großstädten, wo viele Menschen leben, deren Familien nicht aus Deutschland kommen?

Peter Schulte, Die Linke

Um das Zusammenleben zu fördern, müssen sich die Menschen begegnen. Wenn in einem Stadtviertel z.B. nur Türken wohnen und in einem anderen nur Griechen, dann kann es sein, dass die nur unter sich bleiben. Integration braucht aber Begegnung und Toleranz.

Die anderen müssen nicht so werden, wie wir. Gerade dass sie anders sind, macht die Bekanntschaft mit ihnen ja so interessant.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Wir Grüne treten z.B. für das Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft ein, wir kämpfen gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensformen. Toleranz ist ein Hauptwort grüner Politik.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

3. Befürworten Sie das Abitur nach zwölf oder nach dreizehn Jahren? Und warum?

Volkmar Klein, CDU

Ich bin dafür, dass besonders gute Schüler schneller ihr Abitur machen können. Jeder Mensch hat sein eigenes Lerntempo, das müssen wir gerade bei Schülern berücksichtigen. Also, wer schnell und leicht lernt, kann gern nach 12 Jahren schon sein Abitur machen, alle anderen sollten dafür 13 Jahre Zeit haben.

Willi Brase, SPD

Ich befürworte das Abitur nach dreizehn Jahren. Viele Untersuchungen zeigen, dass bei einem Abitur nach zwölf Jahren zu viele wichtige Inhalte und Kompetenzen den Schülerinnen und Schülern nicht vermittelt werden können. Kinder und Jugendliche sollten länger gemeinsam lernen, um somit auch besser voneinander lernen zu können.

Helga Daub, FDP

Ich befürworte das Abitur mit 12 Jahren, damit deutsche Schüler auch im europäischen Wettbewerb bestehen können und nicht gegenüber unseren Nachbarn im Nachteil sind. Allerdings kann man nicht den gleichen Lehrstoff aus 13 Jahren in 12 Jahre hineinpacken. Das muss angepasst werden.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

3. Befürworten Sie das Abitur nach zwölf oder nach dreizehn Jahren? Und warum?

Peter Schulte, Die Linke

Ich befürworte das Abitur nach dreizehn Jahren. Der Leistungsdruck, unter dem heute schon viele Kinder und Jugendliche stehen, ist zu groß. Es sollte auch noch genug Freizeit übrig bleiben.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Ich lehne das Abi nach 8 Jahren ab und wünsche mir die Rückkehr zu G9.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

4. Wie wollen Sie es schaffen, dass alle die gleichen Chancen für eine gute Ausbildung und einen guten Beruf haben, egal, woher sie kommen?

Volkmar Klein, CDU

Bei uns in Deutschland haben alle die gleiche Chance auf eine gute Ausbildung und einen Beruf, von dem sie leben können. Gerade deswegen kommen ja viele Menschen zu uns, um hier zu leben und zu arbeiten. Das kann aber nur gelingen, wenn alle Familien, die hier in Deutschland leben, sich auch aktiv in unserer Gesellschaft beteiligen, ihre Kinder in Kita und Schule schicken, und sich in Vereinen, zum Beispiel im Fußballverein, engagieren. Dafür ist es dann auch wichtig, Deutsch zu lernen, denn nur wenn man auch mit einander reden kann, kann man auch etwas erreichen.

Willi Brase, SPD

Ich setze mich für eine Ausbildungsplatzgarantie ein. Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine gute Ausbildung. Ebenso bin ich der Meinung, dass der Übergang von der Schule zum Beruf vereinfacht werden muss. Es gibt zu viele Fördermaßnahmen, die den Jugendlichen nicht helfen. Die richtige Förderung ist der Schlüssel für einen guten Berufseinstieg. Dabei sehe ich auch die Unternehmen in der Pflicht. Allein schon im Eigeninteresse müssen diese für mehr Ausbildungsplätze sorgen. Auch müssen sie eine gute Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen. Nur so kann der Fachkräftebedarf in Deutschland gesichert werden.

Helga Daub, FDP

Chancengleichheit möchte ich ersetzen durch das Wort Chancengerechtigkeit und die ist in Deutschland gegeben Bafög und Stipendienförderung. Allerdings ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die berufliche Bildung den gleichen Stellenwert haben sollte wie die akademische Bildung.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

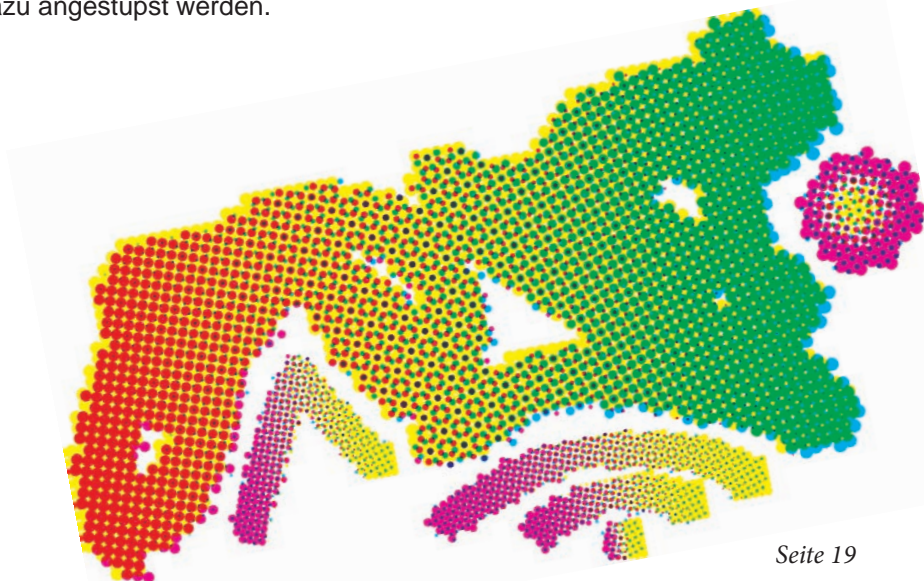
4. Wie wollen Sie es schaffen, dass alle die gleichen Chancen für eine gute Ausbildung und einen guten Beruf haben, egal, woher sie kommen?

Peter Schulte, Die Linke

Das fängt bereits in der Schule an. Um eine größtmögliche Chancengleichheit zu erreichen, halte ich eine Abkehr vom dreigliedrigen deutschen Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium für nötig. Das Prinzip sollte „eine Schule für alle“ sein. Dort kann jeder nach seinen Begabungen und Möglichkeiten gefördert werden, ohne schon im Alter von 10 Jahren die Kinder in drei „Klassen“ einzuteilen, die dann maßgeblich ihre weiteren Chancen in Bildung und Beruf bestimmen.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Ich setze mich für längeres gemeinsames Lernen ein, um die Chancen auf Ausbildung, Studium und Beruf für alle zu verbessern. Wir Grüne haben die Abschaffung der Studiengebühren durchgesetzt. Das schafft mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Betriebe müssen ausbilden, wenn sie das nicht tun, müssen sie dazu angestupst werden.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

5. Bei vielen Entscheidungen werden wir nicht mit einbezogen. Was können Sie tun, um auch Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen mit einzubeziehen?

Volkmar Klein, CDU

Die Frage gebe ich gern zurück an die Jugendlichen: Warum mischt Ihr Euch nicht mehr ein, redet mit, gebt uns Politikern Ratschläge, wie Ihr Euch Lösungen vorstellt? Das könnt ihr bei mir gerne auch auf facebook tun.

Willi Brase, SPD

Ich möchte die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr dürfen bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wählen. Ich bin der Meinung, dass sie dieses Recht auch bei den Landtagswahlen haben sollten. Ich befürworte darüber hinaus weitere Teilhabemöglichkeiten, speziell für Kinder und Jugendliche. Dazu zählt beispielsweise die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle nur für Kinder und Jugendliche. Um Bildung und gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen weiter zu fördern, fordere ich eine bessere Ausstattung der Jugendsozialarbeit ein.

Helga Daub, FDP

Es gibt eine Initiative in allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, dass Familien mit Kindern eine zusätzliche Stimme bei Wahlen bekommen sollten. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Ich würde das befürworten.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

5. Bei vielen Entscheidungen werden wir nicht mit einbezogen. Was können Sie tun, um auch Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen mit einzubeziehen?

Peter Schulte, Die Linke

Das Jugendparlament ist ja schon mal eine gute Einrichtung, wo sich Jugendliche einbringen können. Natürlich können sie das auch in den Jugendorganisationen der Parteien, aber das ist ja sicher nicht jedermanns Sache. Auch Veranstaltungen wie diese sind eine Möglichkeit. Wenn Jugendgruppen Politiker einladen, mit ihnen zu diskutieren, bin ich sicher, dass die Politiker dieses Angebot annehmen werden. Politiker haben immer im Kopf, dass Jugendliche kommende Wähler sind.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Wir Grünen wollen mehr direkte Demokratie und das Wahlrecht mit 16 bei allen Wahlen.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

6. Würden Sie ein Land aus der Eurozone ausschließen, wenn es zu hohe Schulden hat?

Volkmar Klein, CDU

Nein, denn auch in der Eurozone halten wir in Europa zusammen. Wir unterstützen unsere Nachbarn in Europa und helfen Ihnen dabei, sich selbst zu helfen. So kann das Land dann zeigen, das es wieder solide wirtschaften kann und will. Das dauert dann meistens auch lange, bis das erreicht ist. Wenn die Lage in einem Land der Eurozone schlechter wird, statt besser, müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir helfen können. Das Land dann einfach aus der Eurozone auszuschließen, wäre keine Lösung. denn darunter würden auch alle anderen Länder, die ja mit diesem einen Land Handel treiben, leiden.

Willi Brase, SPD

Nein, dafür würde ich nicht stimmen. Die Europäische Union ist ein Garant für Frieden und Sicherheit. Länder, die eine gemeinsame Währung haben, führen keinen Krieg gegeneinander. In Europa hat es in der Geschichte immer wieder sehr blutige Auseinandersetzungen gegeben, die im Zweiten Weltkrieg gipfelten. Ich möchte alles dafür tun, damit die Europäische Union und auch der Euro als Gemeinschaftswährung erhalten bleiben. Den hochverschuldeten Ländern in Europa muss man helfen. Wir müssen diese Staaten unterstützen, damit die vielen Jugendlichen eine faire Chance bekommen, wieder einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz zu finden.

Helga Daub, FDP

Nein. Jedem verschuldeten Land muss Gelegenheit gegeben werden, mit Hilfe der anderen Euro-Länder und eigenen Anstrengungen seine Krise zu bewältigen. Einen Ausschluss sehen die Euro- Verträge nicht vor.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

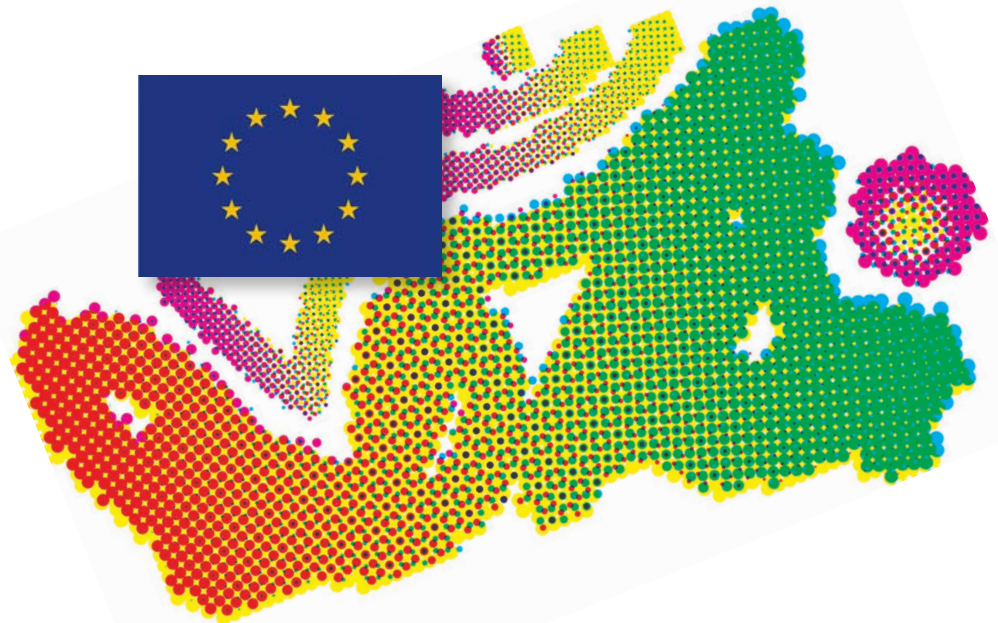
6. Würden Sie ein Land aus der Eurozone ausschließen, wenn es zu hohe Schulden hat?

Peter Schulte, Die Linke

Nein. Durch den Ausschluss wäre das Problem ja nicht gelöst und das betroffene Land seine Schulden nicht los. Von einer Staatspleite der südeuropäischen Staaten wären wir auch dann massiv betroffen, wenn wir sie vorher aus dem Euro rausgeschmissen hätten. Denn unter den Gläubigern sind ja nicht zuletzt auch die deutschen Großbanken.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Nein, mir ist Europa viel zu wichtig, als dass ich eines davon ausschließen will. Wo es Schwierigkeiten gibt, müssen alle zusammenstehen und helfen.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

7. Woher kommt das Geld, mit dem Banken gerettet werden, wenn für Schulen und Kindergärten immer zu wenig Geld da ist?

Volkmar Klein, CDU

Unter anderem kommt das Geld von den Banken selbst, denn wir haben die sogenannte Bankenabgabe eingeführt. Die jetzige Bundesregierung hat viel mehr Geld für Kitas und Bildung ausgegeben als andere vor ihr. Das das noch nicht reicht, ist klar. deshalb müssen wir auch weiterhin hier viel Geld ausgeben. Das geht aber nicht auf ein Mal, denn sonst wäre ja für andere Bereiche kein Geld mehr da. Das beraten wir jedes Jahr in Berlin im Haushaltsausschuss des Bundestages, wie das Geld ausgegeben werden soll. Da bin Mitglied und entscheide mit. Gute Ideen und Ratschläge von Kindern und Jugendlichen nehme ich auch hier gern an!

Willi Brase, SPD

Bislang ist nicht das gesamte Geld, welches zur Bankenrettung zur Verfügung gestellt wurde auch, ausbezahlt worden. Jedoch kommt dieses Geld von den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland. Es ist Steuergeld. Banken sind stark mit der Wirtschaft in Deutschland verbunden. Wenn große Banken kein Geld mehr haben, ist dies sehr schlecht für die Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze.

Auf Bundesebene können wir leider für die Bildung nur begrenzt Geld ausgeben. Dieser Bereich ist Aufgabe der Bundesländer. Richtig ist aber, dass auch ich mir bessere Dinge vorstellen könnte, für die soviel Geld bereitgestellt wird wie in dem Fall der Bankenrettung. Wir könnten uns zum Beispiel mit den Bundesländern einigen, ihnen Geld für die Sanierung von Schulen zu überlassen. Geld in die Bildung zu investieren ist das wichtigste. Leider sieht das die aktuelle Bundesregierung oftmals anders und finanziert lieber Projekte wie das Betreuungsgeld. Ich setze mich für einen weiteren Ausbau von Kindergärten ein.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

7. Woher kommt das Geld, mit dem Banken gerettet werden, wenn für Schulen und Kindergärten immer zu wenig Geld da ist?

Helga Daub, FDP

Banken werden nur gerettet, wenn sie von besonderer Bedeutung sind. Das Geld, das den Banken zugeflossen ist, müssen diese nach gelungener Rettung mit Zinsen zurückzahlen. Das wird in der öffentlichen Diskussion häufig vergessen.

Peter Schulte, Die Linke

Bisher ist ja noch gar nicht viel Geld real geflossen. Es handelt sich ja bisher um eine Art Ausfallbürgschaft. Wo das Geld herkommen soll, wenn wir tatsächlich für all das gerade stehen müssen, wofür wir bisher garantiert haben, weiß wohl keiner.

Bei den Geldern für Schulen und Kitas handelt es sich um reale Summen, die der Staat erst mal als Steuern einnehmen müsste, bevor er sie ausgibt. Deshalb bin ich für Steuererhöhungen für diejenigen, deren Einkünfte in den letzten Jahren so stark gewachsen sind. Und das ist weder die Unter- noch die Mittelschicht.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Reiche müssen mehr Steuern zahlen, um das nötige Geld für Bildung zusammenzukriegen. Anderes kann man sparen, zB. könnte man Bundesländer zusammenlegen und bei der Rüstung einsparen.



Neun politische Fragen an die Kandidaten

8. In Deutschland wird die Atomkraft abgeschafft, auf welche anderen Energien wollen Sie umsteigen?

Volkmar Klein, CDU

Auf alle Fälle auf die erneuerbaren Energien! Denn Wind- und Sonnenenergie, auch die Energie aus Biomasse und Wasserkraft sind ganz wichtig. Am besten ist eine gute Mischung aus verschiedenen Energien, der so genannte Energiemix. Dazu gehört dann aber auch, dass wir den erzeugten Strom speichern können und auch dort hin transportieren können, wo er gebraucht wird. Daran müssen wir jetzt schnell arbeiten. Damit nicht unnötig viel Strom verbraucht wird kann auch hier wieder jeder mithelfen, indem er bei sich zuhause sparsam mit Strom umgeht.

Willi Brase, SPD

Der Ausstieg aus der Atomkraft ist richtig. Diese Technologie birgt sehr viele Risiken in sich. Ebenso ist weiter ungeklärt, wo der hochgefährliche Abfall aus den Atomkraftwerken sicher gelagert werden kann. In Deutschland muss mehr Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Dazu zählt Solarenergie aus der Sonne und auch Windenergie. Die Kosten für diesen Energieumstieg müssen jedoch deutlich fairer als bisher verteilt werden. Ich bin dagegen, dass Privatpersonen in ihrem Haushalt immer mehr für ihren Strom zahlen müssen und beispielsweise Golfplätze sowie große Tierzuchtbetriebe von den Zusatzkosten befreit werden. Das ist nicht gerecht.

Helga Daub, FDP

Wie Sie sicher wissen, wird auf Erneuerbare Energien umgestiegen. Allerdings wird man nicht ganz auf Kohle und Gas verzichten können. Dies aber nach neuesten technischen Standards.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

8. In Deutschland wird die Atomkraft abgeschafft, auf welche anderen Energien wollen Sie umsteigen?

Peter Schulte, Die Linke

Wir brauchen einen vielfältigen Mix aus verschiedenen regenerativen Energieträgern, z.B. Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, Erdwärme, Biomasse, etc. Auf keinen Fall brauchen wir das sogenannte Fracking von Öl- und Gasvorkommen, weil die Umweltgefahren viel zu groß sind. Und auch Kohle kann auf Dauer wegen des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes keine Lösung mehr sein. Außerdem darf der Anbau von Energiepflanzen nicht die Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern verdrängen.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Wind, Sonne, Wasser, Erdwärme, Energie sparen, effizienter mit Energie umgehen. Wir brauchen keine Atomkraft - abgesehen davon, dass der Müll nicht zu beseitigen und diese Energie zu gefährlich ist.





Neun politische Fragen an die Kandidaten

9. Wie wollen Sie es schaffen, dass das Internet sicherer wird, z.B. dass meine Daten nicht weitergegeben werden?

Volkmar Klein, CDU

Für die Sicherheit meiner Daten bin zu allererst ich selbst verantwortlich. Da muss ich darauf achten, nicht sofort und überall meine Mailadresse und Telefonnummer anzugeben. Und - ganz wichtig – vorher genau überlegen, welches Foto ich von mir oder auch von meinen Freunden hochlade! Wenn jeder so achtsam mit seinen Daten umgehen würde, wie er es von zum Beispiel vom Staat fordert, wäre das Netz schon viel sicherer.

Willi Brase, SPD

Es ist höchste Zeit, dass die Weitergabe von Daten an die vorherige Einwilligung der Betroffenen geknüpft wird. Die Menschen in Deutschland müssen selbst bestimmen können, was mit ihren Daten passiert. Die Aufsichtsbehörden des Datenschutzes müssen gestärkt werden. Die große Ausspähung von Daten durch Geheimdienste sehe ich sehr kritisch.

Es müssen klarere Regeln geschaffen werden, um dies zu verhindern. Nicht alle Menschen dürfen unter Terrorverdacht gestellt werden. Daher sollten auch nicht alle Menschen überwacht werden.

Helga Daub, FDP

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten weitergegeben werden, überlegen Sie sich zunächst, was Sie überhaupt ins Netz einstellen. Ausserdem gibt es genügend Gratismöglichkeiten, den eigenen Mailverkehr zu verschlüsseln. Dazu gibt es Hinweise auf der Seite: Sicher-im-Internet.de Wir werden uns ausserdem für eine Verschärfung der Datenschutzgesetze einsetzen.

Neun politische Fragen an die Kandidaten

9. Wie wollen Sie es schaffen, dass das Internet sicherer wird, z.B. dass meine Daten nicht weitergegeben werden?

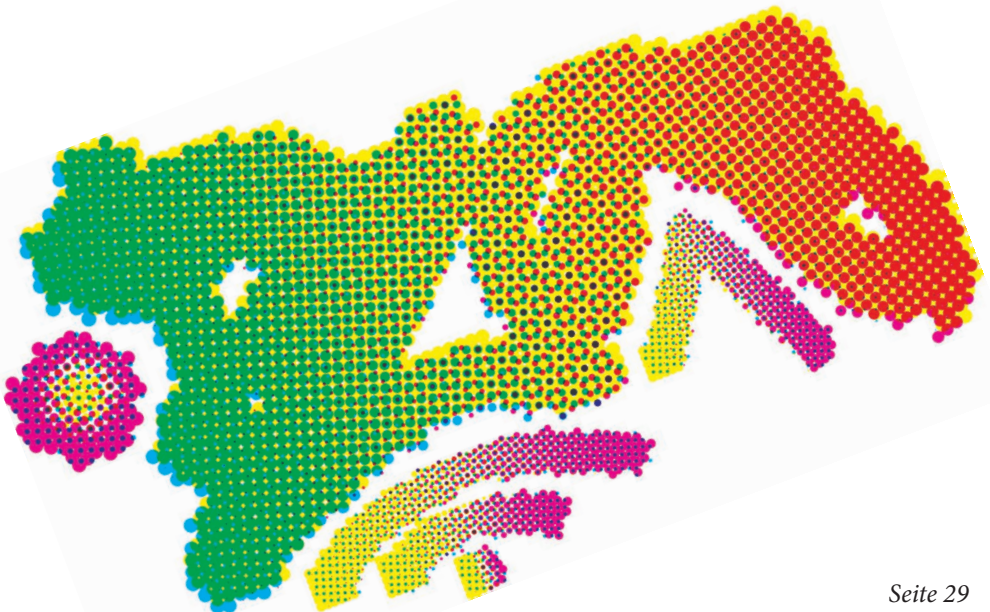
Peter Schulte, Die Linke

Die Geheimdienste und alle anderen Behörden, die auf Telekommunikations- und Internetdaten zugreifen wollen, müssen stärker kontrolliert werden. Die Daten im Netz müssen sicherer werden, aber ohne dass dadurch die Freiheit des Netzes gefährdet wird. Die unerlaubte Datenweitergabe, ob aus kommerziellen oder anderen Gründen, muss konsequenter verfolgt und bestraft werden.

Die größte Sicherheit erreichen wir Nutzer aber immer noch dadurch, dass wir uns genau überlegen, welche Daten von uns wir wo ins Netz stellen und uns bewusst machen, wer darauf Zugriff haben könnte.

Dr. Peter Neuhaus, Bündnis 90 / Die Grünen

Ehrlich gesagt: Das weiß ich nicht. Aber wir müssen dafür kämpfen, dass unser Privatleben geschützt ist. Eine Gesellschaft ohne Privatleben ist totalitär.





Jugendparlament (JuPa)

Was ist das JuPa?

Das Jugendparlament sind gewählte jugendliche Vertreter der Jugendlichen aus Siegen. Das Jugendparlament vertritt die Interessen der Siegener Schüler und Jugendlichen in Rat und Verwaltung der Stadt Siegen und bildet damit die Brücke zwischen Politik und Jugend in Siegen. Es gestaltet Projekte und bildet Arbeitsgemeinschaften mit Jugendlichen, um Siegen jugendfreundlicher zu machen und vermittelt dabei auch mit den Politikern der Stadt Siegen. Die Mitglieder bleiben dabei unabhängig und überparteilich und vertreten bestmöglich die Siegener Schüler und Jugendlichen.

Aufgaben und Ziele

Das Jugendparlament hat das Ziel, die Situation von Jugendlichen in Siegen zu verbessern.

Das Jugendparlament soll Interessen von Kindern und Jugendlichen in Politik und Öffentlichkeit vertreten, auf die Belange von Kindern und Jugendlichen aufmerksam machen, die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen ermöglichen und sicherstellen, zur politischen Aufklärung und Bildung beitragen

Arbeitsgruppen

Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen, in denen alle Jugendliche, auch die, die nicht gewählt wurden, mitmachen können. Die Arbeitsgruppen sind themen- oder projektbezogen und können jederzeit nach Bedarf erweitert werden.

Zurzeit gibt es folgende Arbeitsgruppen:

AG Stadtplanung

AG Veranstaltungen

AG Soziales/Mobbing/Rechtsextremismus

AG Ausschussarbeit

AG Umwelt

Aktuelles und alle Termine der Treffen findest du auf unserer facebook-Seite:
www.facebook.com/jupasiegen

Wahlen 2014

2014 finden die nächsten Jugendparlamentswahlen statt. Wenn du zwischen 10 und 20 Jahren alt bist und eine weiterführende Schule in Siegen besuchst, oder in Siegen wohnst und auf eine weiterführende Schule außerhalb gehst, darfst du wählen und dich auch wählen lassen, d.h. dich als KandidatIn für das Jugendparlament aufstellen lassen.

Wir freuen uns auf deine Bewerbung!

Kontakt

Noch Fragen? Dann melde dich einfach!

Telefon: 0271-404-2113

E-Mail: vorstand@jugendparlament-siegen.de

Internet: www.facebook.com/jupasiegen
www.jugendparlament-siegen.de



